

PROFIL GRÜN

DAS MAGAZIN DER
BUNDESTAGSFRAKTION



DER GRÜNE ZUKUNFTSPAKT

FÜR EINEN AUFBRUCH AUS DER KRISE

07/20

DER GRÜNE ZUKUNFTSPAKT Ein Konjunkturpaket reicht nicht, um die Corona-Krise und die menschengemachten Krisen dieser Zeit zu lösen. Dazu braucht es einen Aufbruch. Ideenreich und realistisch zeigen wir im grünen Zukunftspakt, wie sich wirtschaftliche Erholung, Klimaschutz, sozialer Zusammenhalt und europäische Solidarität zusammenbringen lassen. Katrin Göring-Eckardt und Dr. Anton Hofreiter machen den politischen Aufschlag. Danach folgen die drei Säulen, auf denen unser Pakt steht. **Seite 4**

I. NACHHALTIGER WOHLSTAND UND KLIMASCHUTZ

Die Corona-Krise eröffnet uns die Chance, den sozial-ökologischen Wandel zu beschleunigen und damit die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Wie, erklären Katharina Dröge und Oliver Krischer. **Seite 7**

II. GERECHT DURCH DIE KRISE, GERECHT AUS DER KRISE HINAUS

Die Corona-Krise hat offenbart, dass wir besondere Schutzschirme für die Verwundbarsten in unserem Land bereitstellen müssen. Katja Dörner und Markus Kurth zur zweiten Säule im Zukunftspakt. **Seite 10**

III. WELTWEITE ANTWORTEN AUF DIE CORONA-PANDEMIE

Kein Staat kann allein die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise bewältigen. Solidarität und ein faires Miteinander auf Augenhöhe sind gefragt wie nie, sagen Anja Hajduk und Agnieszka Brugger. **Seite 13**

DIE INSPIRIERTE Wirtschaftspolitik muss für die Menschen da sein, davon ist Claudia Müller überzeugt. Der *Green New Deal* brachte sie zur grünen Politik. Ein Portrait von Gisela Hüber. **Seite 16**

AUS DEN ARBEITSKREISEN Wir berichten über unsere parlamentarische Arbeit. **Seite 18**

GRÜN UND GRÜNER Grüne Politik lebt vom Dialog, auch wenn physische Veranstaltungen nicht möglich sind. Wir präsentieren ausgewählte digitale Veranstaltungen und neue Formate. **Seite 22**

Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de, V. i. S. d. P.: Herta Parchent, Redaktion: Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tim Meyer, Gestaltung: Oliver Geheeb, Stefan Kaminski, Jakina U. Wesselmann, Druck: Dierichs Druck+Media Kassel, Papier: 90 g Revive Pure, Auflage: 103.000, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, Redaktionsschluss: 26.06.2020, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr.



EDITORIAL



Foto: Xander Heint/photothek.net

Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Pandemie hat nach wie vor unseren Alltag fest im Griff. Immerhin arbeiten wir uns Schritt für Schritt aus dem akuten Krisenmodus heraus, doch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen sind immens. In dieser profil:GRÜN widmen wir uns der Frage, wie wir diese Folgen mildern und zugleich einen kraftvollen Aufbruch in eine bessere Zukunft schaffen können.

Immer deutlicher zeigt sich, dass wir uns auch in einem kathartischen Prozess befinden. Missstände, vor denen wir lange die Augen verschlossen haben, legt die Corona-Epidemie schonungslos offen. Was jetzt bei Tönnies oder Westfleisch ans Licht kommt, offenbart, welch hohen Preis wir für unseren Fleischkonsum zahlen. Ein Systemwechsel ist überfällig. Wir müssen diese zerstörerischen Strukturen beenden, die Tiere, Umwelt und die Beschäftigten in der Fleischindustrie gnadenlos ausbeuten.

Die Welt bewegt zugleich eine neue Eskalationsstufe des Rassismus. Der gewaltsame Tod von George Floyd wurde zum Fanal für die ganze Welt. Er wirft ein Schlaglicht auf den fortwährenden strukturellen Rassismus nicht nur in den USA. Bei uns hat dieser skandalöse Vorgang eine breite gesellschaftliche Debatte losgetreten. Tausende gehen für eine Gesellschaft der Vielen jenseits von Rassismus und Ausgrenzung auf die Straße. Wir als grüne Bundestagsfraktion sind solidarisch mit ihnen und ihrem Protest.

Auch in Deutschland reicht der Rassismus weit in die Mitte der Gesellschaft hinein. Es beginnt damit, Menschen anders zu behandeln, weil sie anders aussehen, einer anderen Religion oder Kultur angehören. Es endet damit, Menschen, die unsere Mitbürger*innen sind, aus diesem Grund zu töten – wie bei den NSU-Morden, wie jüngst in Hanau.

So wie wir Rassismus gelernt haben, müssen wir ihn wieder verlernen. Es ist an der Zeit, dass wir uns alle selbstkritisch über unsere Vorurteile und Rassismen befragen. Das gilt auch für unsere Institutionen – von Kitas und Schulen bis zu den Sicherheitsbehörden. Auch die Bundesregierung steht in der Verantwortung. Wir fordern eine Strategie gegen Rassismus, die alle Entscheidungsebenen einschließt. Antirassismus muss zu einer gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit werden.

Herzlich

Anton Hofreiter

Dr. Anton Hofreiter
Fraktionsvorsitzender

DER GRÜNE ZUKUNFTSPAKT

Foto: unsplash

IDEENREICH UND REALISTISCH: AUFBRUCH AUS DER KRISE

Nach Monaten des Lockdowns tastet sich das Land zurück in eine Normalität, die sich wohl oder übel mit dem Corona-Virus arrangieren muss. Zugleich zeichnen sich immer deutlicher die Folgen dieser Krise ab: Viele Unternehmen kämpfen mit starken Einbußen, unzählige Arbeitsplätze sind in Gefahr, bestehende Ungerechtigkeiten drohen sich weiter zu verschärfen. Gleichzeitig macht auch die Klimakrise keinen Halt. Wir sind überzeugt: Nur ein Aufbruch, der die nötigen Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft auf den Weg bringt, führt nachhaltig aus den Krisen. Der grüne Zukunftspakt, den wir als grüne Bundestagsfraktion erarbeitet haben, liefert die Choreografie dafür.

Unser Ziel ist kein geringeres, als unser Land und Europa zukunfts- und krisenfest zu machen. Trotz des gefühlten Stillstands ist zurzeit vieles in Bewegung, unter dem Druck von Corona können auch Blockaden gelöst werden. Diese Dynamik wollen wir nutzen. In einem dreifachen Kraftakt müssen wir die Wirtschaft stabilisieren und zukunftsfest umbauen, den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken und die Solidarität in Europa erneuern.

Zur Bewältigung der Corona-Krise wird jetzt in Deutschland und Europa sehr viel Geld bewegt. In der Krise braucht es solche starken Impulse. Doch eines ist klar: Solche Milliardensummen gibt man nur einmal aus. Wir stehen an einem Scheideweg: Flicken wir an der Vergangenheit herum oder sichern wir die Zukunft?



Foto: Mascha Brichta, picture alliance

DER GRÜNE ZUKUNFTSPAKT

Für uns als grüne Bundestagsfraktion ist die Antwort eindeutig. Wir brauchen jetzt eine Offensive für Innovation und Modernisierung. Ein Strohfeuer hilft uns nicht weiter. Das Herzstück unseres Zukunftspakts ist deshalb ein Investitionsfonds, der über zehn Jahre wirken soll. 500 Milliarden Euro stark, ermöglicht er, mehr Klimaschutz und bessere Bildung, ein leistungsstarkes Gesundheitssystem und die Digitalisierung voranzubringen. Damit legen wir eine langfristige Strategie zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes vor. Um die Wirtschaft akut zu stabilisieren, sind auch kurzfristige Maßnahmen vorgesehen. Dazu gehören Direkthilfen für besonders betroffene Branchen und maßvolle konjunkturelle Impulse, beispielsweise die „Kauf-vor-Ort-Gutscheine“ und eine Energiepreissenkung für kleine Unternehmen und Privathaushalte.

Ganz entscheidend ist für uns, ab sofort alle Programme auf den Klimaschutz auszurichten. Jetzt bietet sich die einmalige Chance. Uns allen muss klar sein, dass wir am Anfang der entscheidenden Dekade für den Klimaschutz stehen. Wenn wir jetzt nicht handeln, riskieren wir den permanenten Ausnahmezustand für unsere Kinder.

Unser Zukunftspakt zeigt in einem zweiten Teil, wie wir gerechter aus der Krise kommen. Mit Konjunkturprogrammen der herkömmlichen Art wird man dieser Krise nicht Herr. Der Sozialstaat in Deutschland benötigt ein Update. Unser Ziel ist ein vorsorgender Sozialstaat, der nicht erst hilft, wenn es zu spät ist. Wir wollen die Menschen absichern, zugleich aber auch Eigeninitiative und Selbsthilfe unterstützen. Wir geben den Menschen eine doppelte Garantie: Niemand gerät in der Krise in existenzielle Armut, jede und jeder bekommt die Chance und die Unterstützung für eine selbstbestimmte Perspektive. „Gerecht aus der Krise“ heißt für uns auch, einen Fokus auf Gleichberechtigung zu richten. Es kann nicht sein, dass Frauen die Verliererinnen in dieser Krise sind.

Mehr Anstrengungen für ein starkes Europa und globale Solidarität bilden die dritte Säule unseres Zukunftspakts. Europa ist eine unserer wichtigsten Zukunftsinvestitionen. Die Krise wird für die EU als Ganzes und auch für Deutschland so lange nicht vorübergehen, wie einzelne Staaten mit der Bekämpfung der Pandemie alleinstehen. Ein aktueller Vorschlag der Europäischen Kommission setzt auf einen ambitionierten und solidarischen Wiederaufbaufonds und eine klare Ausrichtung am Green Deal. Er könnte das Fundament sein, um in Europa gemeinsam aus der Krise zu kommen. Jetzt sind die Mitgliedstaaten und die deutsche Ratspräsidentschaft am Zug.

KONJUNKTURPROGRAMM DER BUNDESREGIERUNG SPRINGT ZU KURZ

Mit dem Zukunftspakt haben wir als bisher einzige Fraktion einen umfassenden Plan vorgelegt, der die akuten Folgen der Krise abmildert und zugleich die Weichen in eine nachhaltige Zukunft stellt. Da sind wir auch der Bundesregierung einen großen Schritt voraus. Ihr sogenanntes Konjunkturpaket reicht nicht über die kommenden Monate hinaus. Gemessen an früheren Konjunkturprogrammen ist es ein Fortschritt, gemessen an den Herausforderungen springt es zu kurz.

Die Bundesregierung will nun manches umsetzen, was auch wir gefordert haben. Einiges davon ist lange überfällig, zum Beispiel mehr Geld für die Kommunen, Investitionen in eine Wasserstoffinfrastruktur oder die Digitalisierung. Es ist gut, dass die Bundesregierung es nicht wieder mit pauschalen Unternehmenssteuersenkungen versucht, auch die Abschaffung des Soli hat es glücklicherweise nicht ins Paket geschafft. Der Klimabewegung ist es zu verdanken, dass das Nein zur Verbrennerprämie einen fossilen Rückschritt verhindert hat.

130 Milliarden Euro umfasst das Konjunkturpaket der Bundesregierung, doch an vielen geht das Geld vorbei. Während Milliarden an die Industrie fließen, verweigert die Bundesregierung weiterhin einen Krisenaufschlag für Hartz-IV-Empfänger*innen. Familien bekommen einen Einmalbonus statt eines vernünftigen Corona-Elterngeldes. Ganze Berufsgruppen gehen leer aus: Solo-Selbstständige und Künstler*innen, Musikschullehrer*innen und Therapeut*innen müssen ohne Direkthilfen für ihren Lebensunterhalt über die Runden kommen. Während große Unternehmen wie die Lufthansa mit Staatshilfen in Milliardenhöhe rechnen können, zeigt die Regierungskoalition all diesen Menschen die kalte Schulter.

Wenn wir uns jetzt gemeinsam in nie da gewesenen finanziellen Dimensionen gegen eine schwere Wirtschaftskrise stemmen, ist das richtig und wir unterstützen das ausdrücklich. Doch wir müssen auch die langfristigen Folgen bedenken. Die Bundesregierung hat das zu wenig im Blick. Dagegen haben wir als grüne Bundestagsfraktion mit dem Zukunftspakt sehr genau ausgelotet, wo die Potenziale liegen, die uns als Gesellschaft stärken und resilient auch gegen andere Krisen machen. Unser Angebot ist ein mutiger Aufbruch, ideenreich und realistisch zugleich. Mit einem Bündel von Innovationen bringen wir die ökologische Transformation voran und sorgen für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Wir machen das Land fit für die 20er-Jahre, schaffen nachhaltigen Wohlstand und gestalten unsere Gesellschaft krisenfest.

● gruene-bundestag.de/zukunftspakt



Foto: Simon Ritter

KATRIN GÖRING-ECKARDT
Fraktionsvorsitzende

DR. ANTON HOFREITER
Fraktionsvorsitzender



Foto: Ian Simpson, unsplash

NACHHALTIGER WOHLSTAND UND KLIMASCHUTZ

VON KATHARINA DRÖGE UND OLIVER KRISCHER

Der Internationale Währungsfonds prognostiziert, dass Corona zur schlimmsten Wirtschaftskrise seit der großen Depression der 1930er-Jahre führen wird. Am Arbeitsmarkt zeichnen sich stärkere Verwerfungen ab, als wir sie während der Finanzkrise erlebt haben. Auch soziale Ungerechtigkeiten und Risse im gesellschaftlichen Zusammenhalt droht die Krise zu vertiefen.

Zudem haben wir es nicht mit einer klassischen Wirtschaftskrise zu tun. Vielmehr erleben wir einen gleichzeitig auftretenden Angebots- und Nachfrageschock. Das Konsumverhalten der Menschen verändert sich, manche Branchen sind vom Regelbetrieb weit entfernt. Wir haben jedoch nicht nur die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu bewältigen. Auch die Klimakrise schreitet unvermindert voran und fordert uns zum Handeln heraus. Wenn wir die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens einhalten und die dramatischen Folgen des Klimawandels noch aufhalten wollen, dann sind die nächsten Jahre dafür das entscheidende, letzte Zeitfenster.

Unser Anspruch als grüne Bundestagsfraktion ist es, öffentliches Geld strategisch einzusetzen. Bei allen Programmen, die jetzt aufgelegt werden, ist entscheidend, dass sie den sozial-ökologischen Wandel fördern. Denn die Mittel, die jetzt in die Krisenbewältigung fließen, werden später nicht mehr zur Verfügung stehen.

Wir schlagen deshalb einen Zukunftspakt für einen Aufbruch aus der Krise vor, der in seinem wirtschaftlichen Teil drei Elemente umfasst:

Im ersten Schritt wollen wir weitere Stabilisierungs- und Rettungsmaßnahmen auf den Weg bringen, um die aktuellen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzumildern.

Als zweiter Schritt soll ein kurzfristiges Konjunkturprogramm in einer Größenordnung von 100 Milliarden Euro den ins Stocken geratenen Wirtschaftsprozess wieder in Gang bringen.

Schließlich wollen wir in Schritt drei über die nächsten zehn Jahre ein Investitionsprogramm in Höhe von 500 Milliarden Euro auflegen. Es soll dafür sorgen, unsere Wirtschaft auf nachhaltigen Klimaschutzkurs zu bringen.

DIE AKUTE KRISE ÜBERSTEHEN

Aktuell geht es darum, im Einklang mit einer effektiven Pandemiebekämpfung kreative, regional angepasste Lösungen für die Wirtschaft zu realisieren. Vor allem die akut betroffenen Branchen müssen jetzt die teilweise massiven Einbrüche bis hin zum vollständigen Stillstand überstehen. Viele Unternehmen werden noch für längere Zeit ihre Geschäftstätigkeit kaum oder nur unter großen Einschränkungen wieder aufnehmen können.

Neben den Selbstständigen sind insbesondere der stationäre Einzelhandel, Kunst und Kultur sowie lokale Dienstleistungsbetriebe wie Friseurgeschäfte, Hotels oder Restaurants betroffen. Sie sind auf eine Verlängerung und Anpassung der Direkthilfen angewiesen. Unterstützung braucht besonders auch die Kultur- und Veranstaltungswirtschaft, für die wir einen Kulturrettungsfonds aufsetzen wollen.

Wir wollen einen besonderen Impuls setzen, um die Innenstädte, Kieze und Dorfkerne zu beleben, sie zu Zentren von Begegnung, Erleben und Zusammenhalt machen. Hierfür und zur Ankurbelung der Nachfrage sehen wir einen Fonds in Höhe von 20 Milliarden Euro vor. Daraus sollen weitere Direkthilfen, Investitionen zur Innenstadtbelebung sowie ein „Kauf-vor-Ort-Gutschein“ in Höhe von 200 Euro pro Person finanziert werden. Der Gutschein soll nur im stationären Handel, für stationäre Dienstleistungen, Kulturangebote oder in der Gastronomie eingesetzt werden – und nur in Geschäften, die vom Shutdown betroffen waren.

Akute Hilfen benötigen auch Unternehmen im sozialen Bereich, die sich gerade in dieser Krise als systemrelevant erweisen, ebenso wie gemeinnützige Unternehmen und die Tourismusbranche. Auch der öffentliche Personennahverkehr braucht einen eigenen Schutzschirm. Trotz des akuten Einbruchs bei den Fahrgastzahlen dürfen hier die Investitionen nicht ins Stocken geraten.



DIE WIRTSCHAFT WIEDER IN GANG BRINGEN

Bei einem ökonomischen Schock dieser Größenordnung sind weitere Werkzeuge notwendig, um die Konjunktur zu stabilisieren und neue wirtschaftliche Dynamik zu entfachen. Wir schlagen deshalb vor, jetzt ein Konjunkturprogramm in einer Größenordnung von 100 Milliarden Euro vorzubereiten. Es soll dann schrittweise und angepasst an die gesundheitspolitische Lage umgesetzt werden. Vier Kriterien sind dabei für uns entscheidend:

ZIELGERICHTET. Wir brauchen innovative und branchenspezifische Lösungen, die dort ansetzen, wo die Corona-Krise besondere Härten entfaltet. Nach der Epidemie muss auch die Binnenkonjunktur gestärkt werden. Besonders Menschen mit kleinen Einkommen, die nahezu ihre gesamten Einkünfte für den Lebensunterhalt aufbrauchen, wollen wir dabei gezielt unterstützen.

RECHTZEITIG. Normalerweise sollen Konjunkturprogramme so schnell wie möglich wirken. Doch in dieser Krise dürfen wirtschaftspolitische Maßnahmen die gesundheitspolitischen Ziele nicht unterlaufen.

BEFRISTET. Die Staatshaushalte werden derzeit massiv belastet. Umso wichtiger ist es, dass alle Maßnahmen befristet sind.

TRANSFORMATIV. Der für uns wichtigste Punkt ist, dass alle Programme darauf zielen müssen, die sozial-ökologische Transformation voranzubringen.

DIE INFRASTRUKTUREN DER ZUKUNFT

Ein erfolgreicher Aufbruch aus der Krise ist an zwei Bedingungen geknüpft: Wir müssen die Stärke des Industriestandortes erhalten und zugleich alle Hebel in Bewegung setzen, um die Industrie zukunftsfähig aufzustellen und durch Transformation zu sichern.

Mittel- und langfristig wollen wir dazu ein umfassendes sozial-ökologisches Investitions- und Transformationsprogramm auflegen. Damit fördern wir Investitionen in die wichtigen Zukunftsbereiche, stabilisieren die gesamtgesellschaftliche Nachfrage und bringen unsere Volkswirtschaft auf einen nachhaltigen, zukunftsfähigen Kurs.

Zur Finanzierung schlagen wir einen überwiegend kreditfinanzierten Investitionsfonds des Bundes vor, der in den nächsten zehn Jahren insgesamt 500 Milliarden Euro für die Infrastrukturen der Zukunft bereitstellt.

Herzstück einer effizienten Klimaschutzstrategie ist die Energiewende. Ihr Rückgrat sind die deutschen Übertragungsnetze. Für das Gelingen der Energiewende ist der schnelle Ausbau und Umbau der Stromleitungen von zentraler Bedeutung. Auch die Wärmewende muss vorankommen, deshalb bedarf es eines Investitionsprogramms für erneuerbare Wärme.

Zudem muss eine grüne Wasserstoffinfrastruktur aufgebaut werden, sie schafft die Grundlage und Planungssicherheit für den Transformationsprozess. Auch die energetische Gebäudesanierung braucht eine stärkere Förderung.

Um klimafreundliche Mobilität voranzubringen, sind massive Investitionen in neue Infrastrukturen erforderlich. Das bedeutet, mehr Mittel für den Neu- und Ausbau des Eisenbahnnetzes bereitzustellen und Strecken zu reaktivieren. Die Streckenelektrifizierung muss ausgebaut werden, von heute 60 auf mindestens 75 Prozent im Jahr 2030. Der Bau von Radparkhäusern und Mobilitätsstationen muss gefördert, der Bau von Rad(schnell)wegen beschleunigt werden. Zuschüsse sollen den Kauf von E-Lastenrädern als sauberer Alternative zum Auto anreizen, das Förderprogramm zum Aufbau der öffentlichen Ladeinfrastruktur für Elektromobilität muss deutlich aufgestockt werden.

Wir brauchen zudem Investitionen in Naturschutz und endlich auch in eine klimagerechte und resiliente Agrar- und Waldwirtschaft.

In der Digitalpolitik ist eine große und gemeinsame Kraftanstrengung notwendig. Es gilt, die Versäumnisse der Koalition nachzuholen und die digitale Transformation sozial und nachhaltig zu gestalten. Der strukturellen Unterfinanzierung unseres Bildungssystems soll ebenfalls mit einem Investitionsschwerpunkt begegnet werden. Gestärkt werden muss auch das Gesundheitswesen. Wir müssen es uns wieder leisten, Reservekapazitäten vorzuhalten, die auch für zukünftige Krisen wappnen. Die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau wollen wir erhöhen. Unser Ziel ist, mit einem Förderprogramm „Neue Wohngemeinnützigkeit“ eine Million bezahlbare Mietwohnungen zusätzlich in den nächsten zehn Jahren zu schaffen.

RAHMENBEDINGUNGEN VERBESSERN

Um den Erfolg des Programms zu sichern, müssen wir Planungs- und Umsetzungsprozesse deutlich beschleunigen. Wir wollen dafür mehr Planer*innen und Projektsteuernde einstellen, Genehmigungsbehörden aufstocken, das Planungsrecht modernisieren und eine Serviceagentur einrichten, die Kommunen bei Planungsaufgaben unterstützt. Außerdem braucht es schnelle, kurzfristige und zielgerichtete Hilfen und eine umgehende Lösung für die Problematik kommunaler Altschulden.

Wir wollen es den Unternehmen erleichtern, das öffentliche Investitionsprogramm durch private Investitionen zu verstärken. Dazu schlagen wir vor, die Abschreibungs- und Förderbedingungen zu verbessern. Durch die zeitliche Begrenzung wird ein Sog entstehen, geplante Investitionen frühzeitig zu realisieren. Für die erneuerbaren Energien brauchen wir eine umfassende EEG-Reform so schnell wie möglich. Selbstständigen und kleinen Unternehmen wollen wir nach Insolvenzen mit einer schnelleren Entschuldung eine zweite Chance ermöglichen und den Neuanfang durch gezielte Unterstützung erleichtern.

DAS KONJUNKTUR- UND INVESTITIONSPROGRAMM IST UNSERE CHANCE, DEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN WANDEL ZU BESCHLEUNIGEN. WIR DÜRFEN SIE NICHT VERSÄUMEN.



KATHARINA DRÖGE
Parl. Geschäftsführerin



OLIVER KRISCHER
Stellv. Fraktionsvorsitzender



GERECHT DURCH DIE KRISE, GERECHT AUS DER KRISE HINAUS

VON KATJA DÖRNER UND MARKUS KURTH

Die Corona-Krise fördert Stärken und Schwächen in unserem Staat und Gemeinwesen zutage. Einerseits erweist sich die enorm stabilisierende Funktion der öffentlichen Hand. Viele, die zuvor staatliche Eingriffe in die Wirtschaft grundsätzlich ablehnten, nehmen die aufgespannten Schutzschirme des Bundes und der Länder nun gern in Anspruch. Der Sozialstaat mit seinen sozialen Sicherungssystemen stellt unter Beweis, dass er Härten auffangen und in der Krise ein Stück Sicherheit geben kann. Offenbar ist der Staat eben doch nicht der „teure Schwächling“, als den ihn FDP-Chef Lindner noch vor wenigen Jahren zu verunglimpfen suchte.

Auf der anderen Seite erreichen gesellschaftliche Gräben, die schon vor der Pandemie angelegt waren, neue Tiefen. Obwohl sich die meisten Bürgerinnen und Bürger sehr verantwortungsbereit zeigen, sehen wir eine Erosion des sozialen Zusammenhalts und der gesellschaftlichen Teilhabe. Auch zwei „Sozialschutzpaketen“ und Konjunkturhilfen zum Trotz bleiben weite Leerstellen, die die Verwundbarsten besonders belasten und vereinzeln. Hier wollen wir mit dem Sozialprogramm unseres Zukunftspakts 2020 ansetzen. Jetzt, ganz akut, damit jede und jeder die Krise gut übersteht. Und auch mittel- bis langfristig: Wir müssen verhindern, dass künftige Krisen Erschütterungen durch Arbeitslosigkeit, Existenzgefährdung, Bildungsungerechtigkeit, aber auch Einsamkeit, persönliche Überforderung und Verzweiflung nach sich ziehen.

SCHNELLE UNTERSTÜTZUNG:

... FÜR ERWERBSTÄTIGE, MENSCHEN IN AUSBILDUNG UND UNTERNEHMEN

Nicht alle Menschen treffen die Auswirkungen der Pandemie gleichermaßen. Für manche Beschäftigte stellen die Einschnitte keine große Veränderung dar. Ganz anders sieht es für die aus, die plötzlich in Kurzarbeit gehen müssen oder ihre Erwerbsarbeit verlieren. Sie büßen schnell einen Großteil ihrer Einkünfte ein oder sind gar auf den Bezug von Grundsicherung angewiesen. Die geringe Anhebung des Kurzarbeitergeldes durch die Regierung hilft da kaum. Um die Einkommensverluste für Menschen mit niedrigen Einkommen und für Auszubildende so gering wie möglich zu halten, fordern wir ein Kurzarbeitergeld Plus. Ein Nothilfe-BAföG soll Studierende unterstützen, die pandemiebedingt ihren Nebenjob verloren haben. Darüber hinaus soll der Zugang zum Arbeitslosengeld I erleichtert werden.

Die jetzigen Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen sind völlig unzureichend. Für Soloselbstständige und Inhaber*innen kleiner Firmen sind sie eine herbe Enttäuschung, weil sie die Kosten ihres Lebensunterhalts nicht abdecken. Zahlreiche Einzelselbstständige, gerade im Kulturbereich, sind dadurch in ihrer Existenz bedroht. Vielen bleibt es nicht erspart, ihre Rücklagen aufzuzehren oder den Gang zum Jobcenter anzutreten. Die knappe Befristung der Überbrückungshilfen verschafft ihnen ohnehin nur eine winzige Atempause. Längerfristige Hilfen wären deutlich sinnvoller.

... FÜR FAMILIEN

Familien mit Kindern trifft die Corona-Krise auf besondere Weise. Nach Monaten des Shutdowns öffnen nun schrittweise Kitas und Schulen. Doch der Balanceakt zwischen Job, Kinderbetreuung und Homeschooling bleibt für viele Eltern eine tägliche Zumutung. Die von der Bundesregierung eingebrachte Einmalzahlung von 300 Euro Kinderbonus pro Kind ist kaum mehr als ein spätes Trostpflaster. Dringend notwendig ist es jetzt, die Lohnfortzahlungen nach dem Infektionsschutzgesetz zu einem Corona-Elterngeld weiterzuentwickeln, das den Herausforderungen und Bedürfnissen von Familien wirklich gerecht wird. Ein Anspruch auf diese Entschädigungszahlung muss so lange bestehen, wie Kitas und Schulen tatsächlich geschlossen sind. Dabei kann das Homeoffice eines Elternteils keinesfalls als Kinderbetreuungsmöglichkeit gelten.

Wenig Aufmerksamkeit richteten die Maßnahmenpakete der letzten Monate auf die Lebenswelt von Kindern. Dabei hat sich gerade ihr Alltag fundamental verändert. Monatlang ohne Kita oder Schule, ohne Kontakt zu Großeltern und Freunden, ohne Spielplatz und Sportangebote war und ist ihr gewohntes Leben aus den Angeln gehoben. Gerade jetzt müssen das Wohl und die Bedürfnisse von Kindern bei staatlichen Entscheidungen einen größeren Stellenwert einnehmen. Der Schutz und die Perspektive von Kindern müssen in den bundesweiten Pandemieplan Eingang finden. Kinder aus finanziell benachteiligten Familien benötigen besondere Unterstützung für faire Bildungschancen, gerade auch bei digitalen Unterrichtsangeboten.

... UND FÜR FRAUEN

Die Krise betrifft momentan vor allem Frauen. Sie schultern einen Großteil der zusätzlich anfallenden Sorgearbeit, von der Kinderbetreuung über das Homeschooling bis zur Pflege von Angehörigen. Zudem sind Frauen häufiger als Männer prekär in Teilzeitarbeit und Minijobs beschäftigt. In Steuerklasse V veranlagte Ehefrauen erhalten aus steuerlichen Gründen weniger Kurzarbeitergeld. Angesichts dieser vielfachen Benachteiligung wollen wir einen Geschlechtergerechtigkeits-Check für alle Krisenmaßnahmen und Gesetzesvorschläge.

SCHUTZSCHIRMEN AUCH FÜR DIE VERWUNDBARSTEN

Unter den Schutzschirmen der Bundesregierung ist für Wohnungs- und Obdachlose, Geflüchtete sowie Menschen in Gemeinschaftsunterkünften am wenigsten Platz. Wir verweisen angesichts drastischer Nöte nicht einfach an die Zuständigkeit der Kommunen, sondern wollen diese besonders gefährdeten Menschen schnell, unbürokratisch und pragmatisch unterstützen. Beispielsweise könnten sie zeitweise einzeln in Hotels untergebracht und so die Gemeinschaftsunterkünfte entlastet werden. Auch eine ganztägige Öffnung von Notunterkünften und die Aussetzung von Zwangsräumungen könnte die Lage von Wohnungslosen zumindest lindern.

Schon vor der Corona-Krise haben wir die unzureichenden Sozialleistungen kritisiert. Viel zu niedrig sind die Regelsätze beim Arbeitslosengeld II, der Grundsicherung im Alter oder bei Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Unter den Einschränkungen der Corona-Krise zeigt sich, dass es mehr braucht als eine Mehrwertsteuersenkung oder die einmalige Auszahlung eines Kinderbonus. Wir setzen uns für einen begrenzten Krisenzuschlag auf die Regelsätze in Höhe von 100 Euro für Erwachsene und 60 Euro für Kinder ein. Krisenunabhängig wollen wir des Weiteren die Regelbedarfe neu berechnen und eine Kindergrundsicherung einführen.

BLICK NACH VORN: RESILIENZ FÖRDERN

Gesellschaftliche Teilhabe setzt mehr voraus als finanzielle Absicherung. Sie braucht Orte der Begegnung, der Gemeinschaft, an denen Menschen Unterstützung, Geborgenheit und Zugehörigkeit erfahren. Institutionen und Dienste der sozialen Arbeit, der Weiterbildung sowie der personenbezogenen Unterstützung sind deshalb sowohl zur Krisenbewältigung als auch zur Chancenentwicklung unverzichtbar.

Bislang haben immerhin die Gesundheits- und Pflegeberufe als Teil der sozialen Infrastruktur eine gewisse Aufmerksamkeit und neue Wertschätzung erfahren. Das war bitter nötig, denn Fachkräfte und Pflegepersonal haben sich in der Krise oft über die Belastungsgrenze hinaus um andere gekümmert. Ihr besonderer Einsatz ist anzuerkennen, durch angemessene Schutzausrüstung und Sicherheitsvorkehrungen, aber auch über eine steuerfreie Prämie.

Damit diese nicht bloß ein flüchtiges Symbol bleibt, müssen sich die Bezahlung und die Arbeitsbedingungen in der Pflege jedoch grundlegend und nachhaltig verbessern.

Eine soziale Infrastruktur für Krisenfestigkeit und Resilienz umfasst aber weit mehr: Sozialen Diensten und Einrichtungen kommt eine strategische, ja systemrelevante Bedeutung zu: für die Demokratie, die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft. Dazu gehören beispielsweise Anbieter von Leistungen der Arbeitsförderung oder von Sprachkursen, Bildungsträger, Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, Kitas und Schulen sowie Versorgungs- oder Rehabilitationsträger.

Deshalb muss die Bundesregierung sicherstellen, dass diese soziale Infrastruktur die Krise überdauert und ihre Leistungsfähigkeit erhalten bleibt. Derzeit ist das leider alles andere als gewiss. Die bereitgestellten Hilfen müssen daher schnellstmöglich angehoben werden. Auch die Kommunen als wesentliche Kostenträger brauchen dringend eine Entlastung.

Eine Lehre aus der Corona-Krise sollte sein, dass wir die Resilienz, also die individuelle und kollektive Widerstandsfähigkeit, stärken müssen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, eine langfristige Strategie zur Förderung der Resilienz vorzulegen. Diese muss jeder und jedem helfen und sie befähigen, mit kommenden Unsicherheiten besser umzugehen. Unterstützende Institutionen, die sich in Umbruchs- und Krisenphasen bewähren, sind dabei zu stärken. Dazu zählen etwa Bildungs- und Beschäftigungsträger, Transfergesellschaften oder Inklusionsbetriebe. Unbedingt muss auch die Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung weiterentwickelt werden. Anders als heute soll sie die Menschen nicht erst dann unterstützen, wenn sie schon arbeitslos sind. Vielmehr muss sie präventiv wirken, zum Beispiel mit umfassenden und finanziell ausreichend geförderten Möglichkeiten der Weiterbildung. Gerade auch Menschen, die in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, sollen ein Anrecht darauf haben.

EINE FUNKTIONIERENDE INFRASTRUKTUR DIESER ART UND EINE WIRKUNGS- MÄCHTIGE SOZIALWIRTSCHAFT SIND WICHTIGE VORAUSSETZUNGEN, UM AUCH KÜNFTIGE KRISEN MEISTERN ZU KÖNNEN.



KATJA DÖRNER
Stellv. Fraktionsvorsitzende



MARKUS KURTH
Sprecher für Rentenpolitik



Foto: Hendrik Schmidt, dpa-Zentralbild

WELTWEITE ANTWORTEN AUF DIE CORONA-PANDEMIE

VON AGNIESZKA BRUGGER UND ANJA HAJDUK

Globale Herausforderungen verlangen globale Antworten. Kein Staat kann allein die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise bewältigen. Für Europa und die Staatengemeinschaft sind jetzt Solidarität und ein faires, respektvolles Miteinander auf Augenhöhe wichtiger denn je. Das gebietet nicht nur das Herz, sondern auch die Vernunft.

STARKE EU-KRISENPOLITIK STATT NATIONALER ALLEINGÄNGE

Eine Europäische Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger und unsere Lebensgrundlagen schützt, ist gerade in der Krise eine Versicherung für die Zukunft. Wir brauchen eine Gemeinschaft, die auch in schwierigeren Zeiten ihre Aufgaben meistert. Unsere Erwartung an Europa ist, Demokratie und Wohlstand, Gleichstellung und Gesundheit zu fördern und die Jahrhundertherausforderung Klimaschutz entschlossen anzupacken. Auf der Weltbühne soll die Union die internationale Zusammenarbeit stärken und darf insbesondere die Schwächsten auf dem Globus nicht allein lassen. Dafür muss Europa nach innen wie nach außen handlungsstark und solidarisch sein. Gerade dann, wenn andere wichtige Akteure mit sich selbst beschäftigt sind. Die USA und China blockieren sich in der Krise gegenseitig. Ihre Konkurrenz tragen sie auf dem Rücken der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation aus. In dieser Situation muss die EU eine tragende Rolle im internationalen Krisenmanagement übernehmen. Auch um dafür zu sorgen, dass nicht andere die Lücke für ihre eigenen Machtinteressen ausnutzen.

GEMEINSAM DIE PANDEMIE BEKÄMPFEN

Leider haben auch auf unserem Kontinent die meisten Staaten – so auch Deutschland – im Alleingang auf den Corona-Schock reagiert. Einreiseverbote, Grenzkontrollen und Exportbeschränkungen für medizinische Güter haben die europäische Idee kurzerhand außer Kraft gesetzt. Das hat den Zusammenhalt in der EU geschwächt, Familien auseinandergerissen und auch den eng verflochtenen Wirtschaften in Europa geschadet. Das können und müssen die europäischen Mitgliedstaaten demnächst besser machen, und zwar mit regionalen Lösungen statt nationalen Grenzkontrollen. Denn die Freizügigkeit für Personen, Waren und Dienstleistungen ist ein hohes Gut. Wir haben ein enormes gesellschaftliches und politisches, aber

auch ökonomisches Interesse daran, diese Errungenschaften zu sichern.

Auch Monate nach dem Ausbruch der Pandemie fehlen in Europa hier und da immer noch medizinische Masken, Schutzkleidung und Test-Kits. Mit einer gemeinsamen Pandemiewirtschaft könnte die Produktion in Europa deutlich hochgefahren werden. Die Bundesregierung hat es mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in der Hand, dafür zu sorgen, dass Lieferengpässe bei Arzneimitteln beseitigt werden und die Produktion in Europa wieder gestärkt wird. Die Versorgung der Menschen mit lebensnotwendigen medizinischen Gütern muss auch in Krisensituationen sichergestellt sein.

WIEDERAUFBAUPROGRAMM IN EUROPA

Die Mitgliedstaaten der EU sind eng miteinander verbunden. Die Krise ist daher erst vorüber, wenn alle gemeinsam sie überwunden haben. Bisher nehmen die Gegensätze jedoch eher zu. Während einige Länder wie Deutschland umfassende Milliarden-Hilfspakete schultern können, sind anderen finanziell die Hände gebunden, auch weil sie die Reaktion auf den Finanzmärkten auf die Aufnahme neuer Schulden fürchten. Wenn dieser Trend anhält und die Mitgliedstaaten sozial und wirtschaftlich auseinanderdriften, gefährdet das den Zusammenhalt in der EU. Auch die wirtschaftliche Erholung in Deutschland steht dabei auf dem Spiel. Das Motto muss deshalb lauten: Wir können, wollen und sollen uns in Europa gegenseitig helfen.

In den kommenden Wochen geht es um viel: Ein Wiederaufbauprogramm und der EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre stehen zur Entscheidung. Dabei sind europäische Solidarität und eine Ausrichtung am Green Deal gefragt.



GREEN DEAL FÜR EUROPA UND GLOBAL

Auf dramatische Weise zeigt die Klimakrise, dass der Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschaft in der EU keinen Aufschub duldet. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung bessere und schärfere Klimaziele auf europäischer Ebene ausbremst. Sie muss dafür sorgen, dass Europa Ernst macht mit dem Green Deal – doch nicht nur Europa.

Das Corona-Virus trifft alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Hautfarbe. Doch in Staaten des globalen Südens sind die Menschen besonders schutzlos. Staatliche Institutionen und Gesundheitssysteme sind geschwächt, es mangelt an Lebensmitteln und sozialer Absicherung. Hier heizt die Pandemie bestehende Konflikte weiter an und schafft neue. Sie beschleunigt Gesundheitskrisen, Wirtschaftskrisen und wachsende Verschuldung. Viele Staaten kämpfen ohnehin mit den vielerorts massiven Folgen der Klimakrise wie Bodenzerstörung und Hungerkatastrophen. Europa muss hier entschieden und gemeinsam mit weiteren Partnern helfen. Andernfalls wird die globale Wirtschafts- und Finanzkrise noch um ein Vielfaches dramatischer ausfallen als ohnehin schon befürchtet. Die Bundesregierung muss dafür auf europäischer Ebene und bei den Vereinten Nationen schnell und unkompliziert zusätzliche Mittel bereitstellen. In kritischen Fällen wird es auch notwendig sein, Schulden zu erlassen oder umzuwandeln.

EU MUSS EIGENE VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Frankreich und Deutschland gehen mit ihrem Vorstoß für einen Wiederaufbaufonds in die richtige Richtung, die Vorschläge der EU-Kommission reichen sogar darüber hinaus. Es gilt jetzt, dieses historische Momentum zu nutzen und dabei keine Zeit zu verschenken. Die EU muss sich schnellstmöglich auf ein wirksames Wiederaufbauprogramm einigen, das die nötigen fiskalischen Impulse für alle Mitgliedstaaten setzt. Die Schuldenlast der einzelnen Mitgliedstaaten darf dabei nicht weiter steigen. Mit dem Wiederaufbauprogramm übernimmt die EU ihre eigene Verantwortung und entlastet die Europäische Zentralbank. Das Programm muss zwingend an den Pariser Klimaschutzziele ausgerichtet sein und den Green Deal umsetzen.

Der damit verbundene EU-Haushalt sollte schnell beschlossen werden, damit das dringend benötigte Geld auch fließen kann. Dafür braucht die EU mehr Eigenmittel, die ihre Institutionen stärken und nationale Haushalte entlasten. Neue Steuern, die zugleich eine positive Lenkungswirkung haben, könnten der EU die nötigen Eigenmittel verschaffen. Mit der Digitalsteuer, einer CO₂-Grenzsteuer und einer Plastiksteuer liegen gute und konkrete Vorschläge auf dem Tisch. Die Bundesregierung muss ihre Blockadehaltung aufgeben und die deutsche Ratspräsidentschaft nutzen, um diese Vorschläge umzusetzen.

DIE HÄLFTE VON ALLEM

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise treffen Frauen besonders stark. Im Gesundheitsbereich und kundennahen Sektoren, die unmittelbar unter der Krise leiden, sind sie besonders stark vertreten. Fast fünf Mal so viele Frauen wie Männer verloren zu Beginn dieses Jahres in der EU ihren Arbeitsplatz. Zudem sind sie es, die nach wie vor einen Großteil der unbezahlten Arbeit verrichten. Wenn jetzt Milliarden in die Hand genommen werden, muss mindestens die Hälfte dieser Gelder den Frauen und mehr Gleichstellung zugutekommen.

INTERNATIONAL ZUSAMMENARBEITEN

Es ist an der Zeit, ein starkes Zeichen gegen Protektionismus und nationale Alleingänge zu setzen. Multilaterale Institutionen wie die Weltgesundheitsorganisation gilt es zu schützen und in ihrer koordinierenden Rolle zu stärken. Die Vereinten Nationen müssen darin unterstützt werden, Staaten mit schwachen Gesundheitssystemen zu helfen. Denn Gesundheit ist ein Menschenrecht! Handelshemmnisse für medizinische Produkte, die essenziell im Kampf gegen Corona sind, wirken in der akuten Krise wie unterlassene Hilfeleistung. Erkenntnisse zur Diagnose und Behandlung der Corona-Infektion müssen weltweit geteilt, Impfstoffe und Medikamente global koordiniert werden. Es ist immens wichtig, dass möglichst viele Menschen schnell bezahlbaren Zugang dazu haben. Dafür sind allerdings große Produktionskapazitäten notwendig, Patente und Gewinninteressen dürfen dem nicht im Wege stehen.



AGNIESZKA BRUGGER
Stellv. Fraktionsvorsitzende



ANJA HAJDUK
Stellv. Fraktionsvorsitzende

GLOBALISIERUNG GERECHTER GESTALTEN

Die aktuelle Krise zeigt, wie verwundbar unsere global vernetzte Wirtschaft ist. Zulieferer weltweit haben ihre Produktion aufgrund der Pandemie eingestellt, Vorprodukte kommen nicht mehr an. Kosten um jeden Preis zu drücken, erweist sich nun als Bumerang. Die auf die Spitze getriebene Just-in-time-Produktion und die Auslagerung an billigere Zulieferer mit niedrigen Produktionsstandards sind sprechende Belege. Kritische Lieferengpässe sind die Folge. In Ländern wie Bangladesch kommt es zu Massenentlassungen von Textilarbeiter*innen, die nun ohne jede Absicherung dastehen.

Diese Krise muss Anlass sein, die Globalisierung neu zu ordnen. Der Schutz von Menschenrechten, Arbeitnehmer*innen, Umwelt und Klima muss mit einklagbaren Klauseln in die Handelsverträge eingehen. Darüber hinaus wollen wir im Bundestag ein Lieferkettengesetz mit menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für transnational agierende Unternehmen auf den Weg bringen. Der globale Handel kann so gerechter gemacht werden, Lieferketten werden widerstandsfähiger. Es ist jetzt an der Zeit zu handeln, um gemeinsam aus der Krise zu kommen und die Globalisierung gerechter zu gestalten.

● gruene-bundestag.de/zukunftspakt

Wirtschaftspolitik muss für die Menschen da sein, ihre Lebensverhältnisse vor Ort verbessern. Claudia Müller, mit Wahlkreis in Vorpommern-Rügen, ist deshalb der Blick auf die Regionen so wichtig.

„Fühlen Sie sich inspiriert!“

TEXT: GISELA HÜBER

FOTO: STEFAN KAMINSKI

„Moin“, begrüßt mich Claudia Müller und schickt gleich hinterher: „Ich sitze hier auf Abruf und mache das Back-up für die Kinderbetreuung. Wenn meine Schwester ihr Baby bekommt, muss ich sofort weg.“ Ungeschminkt, in schwarzem Top, wirkt sie dabei ganz entspannt und nippt an ihrer Kaffeetasche.

In Corona-Zeiten treffen wir uns per Videokonferenz und sind damit gleich beim Thema. „Die Corona-Krise offenbart brutal die Schwachstellen unseres Systems“, sagt sie. Trotz milliardenschwerem Konjunkturpaket lasse die Bundesregierung viele Menschen im Regen stehen. „Was sollen Familien denn mit einer Einmalzahlung von 300 Euro anfangen? Und wie sollen Soloselbstständige über die Runden kommen, die sich keine Betriebskosten ersetzen lassen können, weil sie gar keine haben?“ Diese Ungerechtigkeit bringt die Wirtschaftspolitikerin aus Mecklenburg-Vorpommern in Rage, ihre norddeutsche Kühle ist wie weggeblasen.

Der Zukunftspakt der grünen Bundestagsfraktion, an dem sie mitgeschrieben hat, geht deshalb auch weit über die akute Soforthilfe hinaus. „Fühlen Sie sich inspiriert“, ruft sie der Regierungskoalition in der Aktuellen Stunde zu den Folgen der Corona-Pandemie zu. Sie weiß, dass die Konjunktur schnell wieder anlaufen muss. „Doch jetzt ist auch die Chance da, die nachhaltigen Zukunftsbranchen auszubauen: erneuerbare Energien, Wasserstoffantriebe für die Industrie. Viele Unternehmen stehen in den Startlöchern, aber sie brauchen Planungssicherheit. Und die muss die Politik jetzt liefern.“

Ihr Interesse für Wirtschaft brachte die gebürtige Rostockerin zu den Grünen. Als sie 2002 ihr Abitur in der Tasche hatte,

gingen viele Gleichaltrige weg, weil sie keine Arbeit fanden. „Ich wollte aber bleiben“, sagt sie bestimmt. Sie suchte nach einem Weg, etwas zu verändern, und fand ihn im „Green New Deal“, damals die grüne Antwort auf die Finanzkrise 2008. „Dieses Konzept hat mich einfach überzeugt.“ 2011 tritt sie den Grünen bei, schnell wird sie Landesvorsitzende. 2017 gelingt ihr der Sprung in den Deutschen Bundestag.

Wirtschaftspolitik wird im Bund gemacht, deshalb wollte sie in die Bundespolitik. Doch seit 2009 in der Stralsunder Kommunalpolitik engagiert, weiß sie: „Die Kommunen sind unglaublich wichtig dabei, wie wir aus der Krise kommen. Wir können in Berlin viel beschließen, aber wie beispielsweise der Nahverkehr vor Ort umgesetzt wird oder der Digitalisierungspakt an den Schulen, das entscheiden die Kommunen. Deshalb müssen wir sie stärken.“

Als Mittelstandsbeauftragte hat sie ihr Ohr am Puls der kleinen und mittleren Unternehmen, des Handwerks, der kreativen Selbstständigen. „Wir haben ja viele Unternehmen in den Klein- und Mittelstädten. „Mir geht es darum, die dort vorhandenen Potenziale zu fördern und damit auch junge Menschen wieder zurückzuholen. Ich bin sehr zuversichtlich, sonst würde ich nicht Politik machen, aber Veränderungen brauchen einen langen Atem und Verbündete“, sagt die 39-Jährige.

Politische Diskussionen gehörten schon in ihrem akademisch geprägten Rostocker Elternhaus dazu. Der Vater ist konservativ, die Mutter eher links eingestellt. Mittlerweile sind auch die Eltern grün und besonders von grüner Außenpolitik überzeugt, die Großmächten wie China oder Russland im kritischen Dialog begegnet. Zu Selbstständigkeit und eigenen Entscheidungen erzogen, ging Claudia Müller früh ihren Weg. Als Austauschschülerin verbrachte sie ein Jahr in den USA und studierte Internationale Betriebswirtschaftslehre in Stralsund.

Auch heute lebt sie nahe der Hansestadt, in zehn Minuten ist sie auf dem Darß. Nicht schlimm, dass der Urlaub dieses Jahr mal ausfällt. Als ehemalige Reiseleiterin weiß sie, welche Bedeutung der Tourismus für Mecklenburg-Vorpommern hat. Dass es in der Corona-Krise zu Übergriffen auf Touristen und Ortsfremde kam, hat sie getroffen. Auch wenn die Angst manches erklärt – das habe dem Land sehr geschadet. „Die Menschen hier sind eigentlich gastfreundlich und herzlich.“ Leider sei es wohl notwendig, dass die Landesregierung sie jetzt mit einer Imagekampagne daran erinnert.

Gibt es etwas, wofür sie gern mehr Zeit hätte? „Schlafen“, die Antwort kommt prompt. Es sind eher die kleinen Dinge, mehr Zeit für die Familie oder für ein gutes Buch. Die Autobiografie von Michelle Obama wartet darauf, zu Ende gelesen zu werden: „Auch sehr inspirierend!“

BIOGRAFIE:

Seit 2011	Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen
2012 - 2017	Landesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen in Mecklenburg-Vorpommern
2014 - 2017	Mitglied der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund
2012 - 2014	Fraktionsvorsitzende im Kreistag Vorpommern-Rügen, zurzeit stellvertretende Kreistagspräsidentin
Seit 2017	Abgeordnete im Deutschen Bundestag, Mittelstandsbeauftragte und Sprecherin für maritime Wirtschaft,

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

AK EINS Wirtschaft, Finanzen & Soziales

FAIRE ARBEITSBEDINGUNGEN UND ANGEMESSENER GESUNDHEITSSCHUTZ IN DER FLEISCHBRANCHE

Seit vielen Jahren sind die miserablen Arbeitsbedingungen in Schlachthöfen bekannt. Darauf haben wir immer wieder hingewiesen. Die Beschäftigten werden nicht regulär angestellt und leben oft in heruntergekommenen, überbelegten Wohnungen, für die sie auch noch überbelegte Mieten an ihre Arbeitgeber zahlen müssen. Am Arbeitsplatz herrschen schlechte Bedingungen, angefangen bei mangelhafter Ausrüstung bis zu ausbeuterischen Arbeitszeiten und sehr geringen Löhnen. An konsequentem Arbeits- und Gesundheitsschutz fehlt es viel zu oft. Die Zahl der Arbeitsunfälle ist im Vergleich zu anderen Branchen sehr hoch.

In der Corona-Pandemie haben diese katastrophalen Arbeitsbedingungen besonders gravierende Folgen: Viele Menschen haben sich in den Schlachtfabriken mit dem Corona-Virus angesteckt. Mit der Ausbeutung in der Schlachtbranche muss endlich Schluss sein. Das gesamte Geschäftsmodell der Konzerne – auch der Umgang mit Menschen und Tieren – gehört auf den Prüfstand. Es kann nicht sein, dass sich Chefetagen über Subunternehmensgeflechte komplett aus der Verantwortung stehlen. Entsandten Beschäftigten müssen ein Arbeitsplatz und eine Unterbringung zur Verfügung gestellt werden, von denen kein Gesundheitsrisiko ausgeht. Regelmäßige Corona-Tests sind durch die Arbeitgeber sicherzustellen. Arbeitskräfte, die aus dem Ausland kommen, müssen für sie verständliche Informationen zu den Risiken und Beratung über ihre Rechte bekommen. Angesichts der grassierenden Verantwortungslosigkeit fordern wir Grüne im Bundestag, Werkverträge im Kernbereich dieser Branche, das heißt für das Schlachten und Zerlegen, zu verbieten. Zudem braucht es eine Generalunternehmerhaftung für den Arbeits- und Gesundheitsschutz. Die behördlichen Kontrollen der Betriebe müssen massiv ausgeweitet werden.

Die Bundesminister Heil und Klöckner sind in der Pflicht, die Missstände in der Fleischbranche zu beseitigen. Alle Beschäftigten haben ein Anrecht auf menschenwürdige Arbeitsbedingungen und den Schutz vor potenziell tödlichen Krankheiten.

- gruene-bundestag.de/fleischbranche



Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

GEBÄUDE FÜR KLIMASCHUTZ AKTIVIEREN

Mit unserem Zukunftspakt wollen wir die energetische Gebäudesanierung voranbringen. Das hilft nicht nur dem Klima, sondern stärkt auch die Wirtschaft und schafft qualifizierte Arbeitsplätze im Handwerk und in der Produktion. Dazu gehört, die Fördermittel zu verdreifachen und ökologische und soziale Innovation anzuregen. Die Abwrackprämie für Ölheizungen wollen wir um eine Zusatzprämie für eine Million Heizungen „Sonne statt fossil“ ergänzen. Zusätzlich wollen wir ein Programm für die serielle Sanierung von 100.000 Wohneinheiten auf den KfW-Standard 55 auflegen, zum Schutz von Mieterinnen und Mietern, ohne Erhöhung der Warmmieten. Das neue Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung erfüllt nicht annähernd die Anforderungen des Klimaschutzes, sondern weicht vorhandene Standards noch auf. Wir brauchen Neubauten, die dem Standard eines Passivhauses bzw. KfW-Effizienzhauses 40 und bei vollständiger Sanierung am Ende dem eines KfW-Effizienzhauses 55 entsprechen, das kommt günstiger. Die Bundesregierung verschläft das Thema Effizienz und wird ihre eigenen Klimaziele verfehlen.

- gruene-bundestag.de/sanierung



Foto: teamwork/fotofinder

AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

MODERNES STAATSANGEHÖRIGKEITSRECHT

Eine vielfältige Gesellschaft braucht ein modernes Staatsangehörigkeitsrecht. Im Jahr 2000 hat die rot-grüne Reform der Staatsbürgerschaft hierfür die Grundlage geschaffen. Anstatt diesen Ansatz weiterzuentwickeln, hat die Bundesregierung in den letzten Jahren mehrfach Restriktionen eingeführt und plant weitere Verschärfungen. Mit einem Antrag „20 Jahre modernes Staatsangehörigkeitsrecht – Das Fundament einer pluralen Gesellschaft erhalten und reformieren“ treten wir der schrittweisen Aushöhlung des Rechtsanspruchs auf Einbürgerung und der Grundprinzipien des Staatsbürgerschaftsrechts klar entgegen. Wer viele Jahre hier lebt, hier geboren ist oder aufwächst, soll auch einen Anspruch auf einen deutschen Pass haben – unabhängig von Abstammung und Einwanderungsgeschichte. Wer durch Geburt zwei Staatsangehörigkeiten hat, soll nicht gezwungen werden, eine davon aufzugeben. Personen mit Aufenthaltserlaubnis, Niederlassungserlaubnis oder Freizügigkeitsrechten soll nach fünf Jahren Aufenthalt ein Anspruch auf Einbürgerung zustehen, anerkannten Flüchtlingen und ihnen gleichgestellten Personen nach drei Jahren.

● gruene-bundestag.de/gesellschaft

FLAGGE ZEIGEN! MIT ABSTAND DIE BESTE IDEE

So lautet unser Motto zur diesjährigen Christopher-Street-Day-Saison. Auch wenn Paraden dieses Jahr nicht wie üblich stattfinden können, gibt es 2020 weiter viel zu tun, um gleiche Rechte und Akzeptanz für Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen zu erreichen. Eine der größten Baustellen ist das Transsexuellenrecht, das Menschen schikaniert und gängelt. Seit Jahrzehnten verweigert die Bundesregierung, insbesondere das zuständige Innenministerium, eine grundlegende Reform. Wir starten einen neuen Anlauf und haben ein Selbstbestimmungsgesetz vorgelegt, dessen Leitbild die persönliche Freiheit ist und nicht irgendwelche Ordnungsvorstellungen über die Geschlechter. Wir wollen das Verfahren für die Änderung der Vornamen und Berichtigung des Geschlechtseintrags deutlich vereinfachen und den Schutz vor Diskriminierung stärken. Zudem sieht der Entwurf ein Verbot genitalverändernder chirurgischer Eingriffe an intergeschlechtlichen Kindern vor, die medizinisch nicht notwendig sind.

● gruene-bundestag.de/selbstbestimmung

AK VIER

Internationale Politik & Menschenrechte

EUROPÄISCHEN MOTOR WIEDER AUF TOUREN BRINGEN

Deutschland übernimmt ab dem 1. Juli 2020 bis Ende 2020 mit Portugal und Slowenien die Trio-Präsidentschaft der EU. Es steht damit für sechs Monate in besonderer Verantwortung für Europa. Die Bundesregierung muss gemeinsame Lösungen für die Überwindung der Corona-Krise, für den Klimaschutz, den Abschluss des mehrjährigen EU-Haushalts und die neuen Handelsbeziehungen zu Großbritannien finden. Auch die Lücke der multilateralen Zusammenarbeit nach dem Ausfall der USA und dem Erstarken Chinas muss ein souveränes Europa schließen.

Bislang stand die Bundesregierung auf der Reformbremse. Jetzt muss sie dafür sorgen, dass die EU vorankommt und solidarisch zusammenhält. Einen ersten überfälligen Schritt hat sie mit dem deutsch-französischen Vorschlag zu einem Wiederaufbaufonds zur Überwindung der Corona-Krise

vollzogen. Dies muss der Auftakt eines mutigen europäischen Aufbruchs werden, bei dem der Green Deal kein grüner Anstrich, sondern grüner Konjunkturmotor ist. Bedingungen dafür sind für uns ein deutlich größeres Volumen von bis zu zwei Billionen Euro, die verpflichtende Umsetzung des Green Deal und die Bindung der Vergabe an die Einhaltung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die Mittel sollten auch langfristig erhöht werden für den Kampf gegen die Klimakrise und wichtige Zukunftsinvestitionen in unsere digitale Souveränität. Die Blockade der Bundesregierung zu klaren Klimazielen bis 2030 muss enden. Wir brauchen bis dahin einen europäischen Klimabeitrag von 65 Prozent Reduktion CO₂. Die Corona-Krise lehrt uns, dass die EU zur Gesundheitsunion werden muss, um für künftige Pandemien gewappnet zu sein. Nötig sind etwa eine europaweite Übersicht über Intensivbetten, eine europäische Produktion zentraler medizinischer Güter und gemeinsame Kriterien und Verfahren im Umgang mit Pandemien. Gleiches gilt für eine Rückkehr zur Freizügigkeit. Künftig muss es regionale Lösungen statt Grenzkontrollen, europäische Zusammenarbeit statt nationaler Alleingänge geben.

● gruene-bundestag.de/menschenrechte

AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

PFLEGEKRÄFTE ENTLASTEN

Professionelle Pflege ist immer systemrelevant. In der Corona-Krise sind kurzfristige Maßnahmen erforderlich, um diese Berufsgruppe zu schützen und zu entlasten. Deshalb war die Corona-Prämie für Beschäftigte in der Altenpflege richtig. Eine solche Prämie sollte auch das Risiko zum Beispiel von Pflegekräften, die auf Intensivstationen COVID-19-Erkrankte versorgen, anerkennen. Ohne Schutzausrüstung, Testung und Schulungen wird es nicht gehen. Grundlegende Veränderungen, wie tarifgebundene Bezahlung insbesondere in der Altenpflege, bedarfsgerechte Personalbemessungsregelungen, mehr Eigenverantwortlichkeit für die Pflegeberufe und eine starke Vertretung durch eine Bundespflegekammer, stehen an. Die Potenziale der Digitalisierung werden noch nicht ausgeschöpft.

● gruene-bundestag.de/pflegekraefte

KINDERRECHTE IN DER KRISE SCHÜTZEN

Kinder haben auch und gerade in der Krisenzeit Rechte, die ins Zentrum der politischen Debatte gehören. Schutzmaßnahmen und Lockerungen werden aber meist aus der Perspektive Erwachsener diskutiert. Insbesondere arme Kinder werden von der Bundesregierung zu wenig unterstützt, wir fordern einen monatlichen Zuschlag für ihre Versorgung. Für den Zeitraum der Pandemie wollen wir ein Corona-Eltern-

geld einführen, wenn Berufstätige ihre Kinder zu Hause betreuen müssen. Wir wollen die Jugendhilfe stärken und damit den Schutz von Kindern verbessern.

● gruene-bundestag.de/kinderrechte

UPDATE BILDUNGSGERECHTIGKEIT

In der Krise zeigen sich die großen Bildungsbaustellen besonders deutlich. Digitalisierung, marode Schulgebäude und Lehrkräftemangel müssen jetzt dringend angepackt werden, damit die Gesundheitskrise nicht zur Bildungskrise wird. WLAN und Schulcloud, Fortbildungen für Lehrkräfte und ausreichend Notebooks für Schülerinnen und Schüler werden gebraucht. Eine Bundeszentrale für digitale und Medienbildung wird Anlaufstelle für alle Fragen rund um digitalen Unterricht. Mit kraftvollen Zukunftsinvestitionen wollen wir dem Ganztagsausbau neuen Schwung verleihen, Schulen in benachteiligten Stadtteilen zu Leuchttürmen der Bildungsgerechtigkeit umbauen und alle Schulen auch baulich auf die Höhe der Zeit bringen.

● gruene-bundestag.de/bildung

&grün &GRÜNER

Video-Nacht: 75 Jahre Kriegsende

„Shema Adonay“, der Gesang Etta Scollos geht unter die Haut. Ihr Lied mit dem jüdischen Glaubensbekenntnis im Titel, ist dem Dichter Shlomo Venezia gewidmet. 1944 zur Zwangsarbeit nach Birkenau deportiert, hatte er das Vernichtungslager überlebt. Kurz vor seinem Tod 2012 musste er noch miterleben, dass die SS-Männer, die kurz vor Kriegsende 600 Menschen in seinem toskanischen Dorf getötet hatten, von einem deutschen Gericht freigesprochen wurden. Diese Wunde muss weiterbluten, so die Sängerin, sonst stirbt die Erinnerung.

Sichtlich berührt greift Claudia Roth den Faden auf und leitet über zur Nacht des Gedenkens, die die grüne Bundestagsfraktion – anlässlich des Jahrestags der Befreiung von Naziregime und Krieg am 8. Mai 1945 – live aus dem leeren Reichstagsgebäude sendet.

Wir richteten den Blick zurück, sprachen mit Zeitzeug*innen und weiteren zugeschalteten Gästen über die Bedeutung von Erinnerung und Gedenken an die Befreiung. Und fragten, mit Blick nach vorn: Wie kann Erinnerung auch künftig ohne die direkte Begegnung mit Zeitzeug*innen wachgehalten werden und was hat das mit unserer starken, wehrhaften Demokratie zu tun? Umrahmt wurden die Gespräche von künstlerischen Beiträgen. Wir danken allen Beteiligten, die diesen besonderen Abend ermöglicht haben.

● gruene-bundestag.de/sieg-der-erinnerung oder auf YouTube

Video-Reihe: Auf lange Sicht

In diesem Videoformat steigen wir tiefer ein und nehmen uns Zeit: für Fragen und Argumente, für Visionen und Hintergründe.

In unserer fünften Folge „Auf lange Sicht“ radeln wir mit Franziska Brantner, unserer Sprecherin für Europapolitik, auf dem Europa-Radweg durch Berlin. An vier Stationen erklärt sie uns, was die Fraktion von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erwartet. Welche Möglichkeiten und Chancen bietet uns das? Welche Pläne hat die Bundesregierung und können wir Grüne im Bundestag Einfluss auf die Agenda in Brüssel nehmen? Los geht's im Treptower Park, einer der größten grünen Lungen der Hauptstadt ... Neugierig geworden?

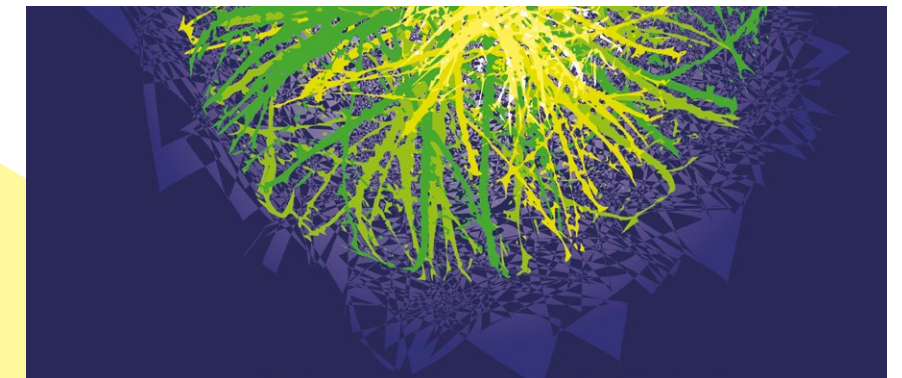
● gruene-bundestag.de/lange-sicht

Podcast: Grüne Politik auf die Ohren



Im Podcast der Bundestagsfraktion sprechen wir mit unseren Abgeordneten darüber, was sie bewegt und im Parlament aktuell eine Rolle spielt. Mit Ruhe, Hintergrund und inhaltlicher Tiefe, denn: Uns geht's ums Ganze. Vier Folgen gibt es bisher: mit Britta Haßelmann zur Wahlrechtsreform, mit Katja Dörner zur Unterstützung von Kindern und Familien in der Corona-Krise, mit unseren Fraktionsvorsitzenden zum grünen Zukunftspakt und Renate Künast zum Tierschutz.

● gruene-bundestag.de/podcast



Online-Reihe: #digitalvscorona

Durch die Corona-Krise wird einmal mehr klar, dass Deutschland im Bereich der Digitalisierung vorankommen muss – die grüne Bundestagsfraktion hat dazu Beschlüsse gefasst und parlamentarische Initiativen eingebracht. Vom 4. Mai bis 2. Juli diskutierten unsere Abgeordneten im Wochentakt mit Expert*innen: unter anderem über Kontaktverfolgungs-Apps, Homeoffice und Homeschooling, über den ÖPNV, zentrale Informationsplattformen, Hass und Desinformation oder staatliche Leistungen sowie Online-Handel und E-Commerce, knackige 60 Minuten, live im Netz.

Alle Folgen hier:

● gruene-bundestag.de/digital



Foto: Vera Schüller

TERMINE

Bis auf Weiteres finden unsere Veranstaltungen ausschließlich digital statt. Gesundheitsschutz und Risikominimierung gehen vor.

Weitere Informationen auf:

- gruene-bundestag.de/termine
- gruene-bundestag.de/newsletter

PUBLIKATIONEN

FLYER

- 19/54 Familienpolitik, die ankommt
- 19/52 Grüne Pflegepolitik
- 19/51 Unser koloniales Erbe kritisch aufarbeiten
- 19/48 Wälder mit Zukunft
- 19/47 Sicherheit durch einen starken Rechtsstaat
- 19/44 Klimakrise stoppen
- 19/35 Grüne Politik für kleine und mittelständische Unternehmen
- 19/29 Bleibeperspektiven stärken
- 19/22 Rüstungsexportkontrolle
- 19/12 Grüne Wohnoffensive

KLAPPKARTE

- 19/50 Landwirtschaft und Klima

Mehr unter:

- gruene-bundestag.de/publikationen

BESTELLUNGEN AN:

Bündnis 90/Die Grünen
Bundestagsfraktion, Versand,
11011 Berlin

oder:

versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der Bundestagsfraktion. Sie erscheint vier Mal im Jahr und kann unter oben stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuelle Nachrichten, Fraktionsbeschlüsse, Initiativen, Bundestagsreden, Videos und Newsletter auf:

- gruene-bundestag.de

VIDEO-EMPFEHLUNG:

DEUTSCHLAND HAT EIN RASSISMUS-PROBLEM

Den Rassismus in Deutschland zu bekämpfen und ein diskriminierungsfreies Umfeld zu schaffen – das geht uns alle an. Dafür brauchen wir eine breite und dauerhafte Mobilisierung. Es ist viel zu tun, angefangen beim Grundgesetz ...

- gruene-bundestag.de/blm

Kommentare, Ideen und Fragen gerne in den sozialen Netzwerken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)